

Josef Schüßlburner
Sozialismusbewältigung
Einführung

25.04.2022

Unter keiner Weltanschauung wurden in der Menschheitsgeschichte größere Megatötungen vollzogen als unter Regierungen, die sich dem Marxismus bzw. dem wissenschaftlichen Sozialismus verpflichtet fühlten (Gunnar Heinsohn, Lexikon der Völkermorde, 1998, S. 243)

*Die Verlockung des Vergessens und Verdrängens ist sehr groß.
Doch wir werden ihr nicht erliegen.*

(Bundeskanzler Schröder (SPD), s. FAZ vom 26.01.2005,
Die Verlockung des Verdrängens ist sehr groß. Berlin
gedenkt der Auschwitz-Opfer / Schröder: Widerliche Hetze
der Neonazis / Die NPD)

In der Bundesrepublik Deutschland wird - zunehmend im Widerspruch zum Gebot der weltanschaulichen Neutralität eines Rechtsstaats - eine amtliche Ideologie, ja Religion (Zivilreligion) zelebriert, in deren Zentrum die „Bewältigung“ einer „Vergangenheit“ steht, „die nicht vergehen will“. Diese Zivilreligion wird nicht nur staatszeremoniell verwaltet, sondern ist teilweise strafrechtlich und vor allem geheimdienstlich („Verfassungsschutz“) geschützt, d.h. man wird zum „Verfassungsfeind“ erklärt, wenn man an der Staatsdogmatik Zweifel hegt, auch wenn völlig unklar ist, welche Demokratiegefährdung damit verbunden sein soll. Ihre offizielle Rechtfertigung findet diese Zivilreligion, bei der zwar nicht direkt amtlich gebetet wird, aber in Staatsakten doch feierlich Gedichte vorgetragen und Tränen vergossen werden, in humanitären Erwägungen. Wenn dem aber so ist, stellt sich die Frage, weshalb dann nur der Nationalsozialismus „bewältigt“ wird und nicht der Sozialismus generell. Gebietet das Humanitätsideal wirklich das Vergessen der Opfer des International-Sozialismus? Oder zumindest deren Relativierung? Und wenn ja, warum? Sicherstellung einer linkspolitischen moralischen Vormachtstellung als Staatsdoktrin? Ist da nicht im Interesse von Rechtsstaat und liberaler Demokratie des Westens in der Bundesrepublik Deutschland dringend eine grundlegende Wende in der staatlichen Erinnerungspolitik geboten?

Gründe für Sozialismus-Bewältigung

Der Horror des 20. Jahrhundert bestand nämlich generell im Sozialismus. Noch nie waren aus ideologischen und politischen Gründen derart umfangreiche Massentötungen an Menschen vorgenommen worden wie in den sozialistischen Regimes des 20. Jahrhunderts. Dies geschah etwa in der Sowjetunion, die sich staatsideologisch dem sog. wissenschaftlichen, also marxistischen Sozialismus verpflichtet hatte. Wer ist schuld daran? Eine mehr scherzhaft erscheinende Antwort mit einem überaus ernsten Kern gibt der russische Staatspräsident *Putin*: „Die Deutschen sind schuld, sie haben uns die beiden (*Marx* und *Engels*, *Anm.*) aufgedrängt und ihren Marxismus zu uns exportiert“ (zitiert bei *Michel Eltchaninoff*, In Putins Kopf, 2016, S. 18). Damit ist gemeint: Ohne den Marxismus-Import aus Deutschland, der dabei ideologisch vor allem auf die deutsche Sozialdemokratie zurückgeht, hätte es in Rußland keine Sowjetunion, keinen *Lenin* und keinen *Stalin* mit GULag-Verwaltung und Kulaken-Vernichtung in der Ukraine als „*first Socialist genocide*“ gegeben!

Gäbe es da nicht einiges zu bewältigen? Insbesondere für „uns Deutsche“ - die dabei auch von Sozialisten, die aufgrund ihrer umfassenden Gleichheitskonzeption keine Nationen mehr kennen, im üblichen Bewältigungszusammenhang explizit als solche ausgemacht werden! „Bewältigt“ wird bekanntlich mit staatsreligiöser Inbrunst ein Phänomen, das trotz seiner

Selbsteinstufung als „Sozialismus“ in der bundesdeutschen Bewältigungsliturgie üblicherweise gar nicht als solcher eingeordnet wird, sondern aufgrund der Festlegung des für die Bundesrepublik anscheinend maßgeblichen kommunistischen Experten *Josef Stalin* gewöhnlich mit dem italienischen Phänomen „Faschismus“ umschrieben wird und die deutsche politische Linke zur Baumaßnahme „antifaschistischer Schutzwall“ veranlaßt hatte. Gerade die politischen Strömungen, die wegen des Marxismus und seiner Konsequenzen vielleicht einiges zu bewältigen hätten, werfen sich dabei als Bewältigungsexperten auf und schwingen gewissermaßen als politische Nachfahren der Keulen schwingenden Neandertaler die „Faschismus-Keule“ (*Hans-Helmuth Knütter*). Dieser Keuleneinsatz wird seit Abbruch der mit Stacheldraht und Schießbefehl verbundenen antifaschistischen Baumaßnahme des Internationalsozialismus ideologisch äußerst verstärkt. Bewältigung macht dann nämlich wirklich Spaß, können dabei doch Nicht-Sozialisten und deren antisozialistische Agenda (wie Erhalt des demokratischen Nationalstaates) mit politisch motiviertem Massenmord in Verbindung gebracht und damit moralisch marginalisiert und ausgeschaltet und man kann sich dabei als Sozialist nachhaltig „der Verlockung des Vergessens und Verdrängens“ (Bundeskanzler *Schröder*) hingeben, die bekanntlich „sehr groß“ ist. Dieser Verlockung erliegt man dabei hinsichtlich des Marxismus-Sozialismus mit allergrößtem Vergnügen.

Wenn aber diejenigen, welche aufgrund des Marxismus, in dessen ideologischer Tradition sie stehen und seiner desaströsen Auswirkungen auf die Welt etwas zu bewältigen hätten, Gegnern des Marxismus „Bewältigung“ vorschreiben, wird wohl nicht ganz richtig „bewältigt“. Eine falsche Bewältigung, insbesondere die Nichtbewältigung von bewältigungsbedürftigen Erscheinungen führt aber nach den offiziösen Prämissen der bundesdeutschen Bewältigungslehre dazu, daß sich das Unheil wiederholt. Es droht demnach also die Wiederkehr des Sozialismus, der sich im 20. Jahrhundert so unheilvoll manifestiert hat. Deshalb gilt es, den Sozialismus insgesamt zu bewältigen! Dies stellt dann eine erforderliche grundlegende Wende in der Erinnerungspolitik dar.

Was ist Sozialismus?

Was macht nun diesen bewältigungsbedürftigen Sozialismus aus? Neben Liberalismus und Konservatismus stellt Sozialismus die dritte wesentliche politisch-ideologische Strömung der jüngsten Neuzeit dar. Dagegen steht der mit der NS-Bewältigung geheimdienstlich meist gemeinte Nationalismus quer zu diesen Strömungen: Nationalismus ist in seinem historischen Ausgangspunkt liberal, kann aber schwerpunktmäßig auch konservativ und eben auch sozialistisch sein, also politisch / ideologisch sowohl links, rechts, aber auch in der Mitte angesiedelt sein. Während Liberalismus im Kontext seines ursprünglichen Gegenpols, den traditionellen Konservatismus (welcher sich wiederum erst durch den Liberalismus als solcher verstand) relativ eindeutig zu definieren ist, ist eine genauere Definition des Sozialismus nur indirekt, insbesondere durch Abgrenzung zum Liberalismus möglich, aus dem der sog. moderne Sozialismus (als Fortsetzung des mittelalterlichen Ketzerchristentums) im Laufe des 19. Jahrhunderts hervorgegangen war. Als Gegensatz zum Liberalismus, welcher sich als Individualismus versteht, meint Sozialismus Kollektivismus, indem zur Verwirklichung allgemeiner und substantieller Gleichheit der Menschen insbesondere das für den Liberalismus zentrale Privateigentum „sozialisiert“ („vergesellschaftet“) werden soll. Unklar ist allerdings schon, was „Sozialisierung“ wirklich bedeutet. Im 20. Jahrhundert ist dies in der Regel auf eine diktatorische Totalverstaatlichung hinausgelaufen, die aber zumindest bei den maßgeblichen Theoretikern *Karl Marx* und *Friedrich Engels* eigentlich nicht gemeint sein konnte, gingen sie doch davon aus, daß mit dem Sozialismus der Staat und damit die politische Herrschaft verschwinden würde („Absterben des Staates“).

Sozialismus als Übertreibung des Liberalismus ins Absurde

Anders als der klassische Konservatismus (traditioneller Monarchismus), der die allgemeine Freiheitskonzeption des Liberalismus, seines ursprünglichen Gegenspielers, aus anthropologischen Gründen mit Skepsis betrachtete - Zweifel, ob die Menschen wirklich so frei sein wollen, wie dies der Liberalismus unterstellt und ob sich diese Freiheit in allgemeiner Weise ohne erhebliche Gefährdung der allgemeinen Sicherheit angesichts der potentiellen Wolfsnatur des Menschen (*homo homini lupus*) verwirklichen ließe -, nimmt der Sozialismus die Freiheitskonzeption auf, die für Liberalismus steht und steigert sie ins Absurde: Herrschaft ist dann aufgehoben und umfassende Freiheit als weitestgehende Gleichheit verwirklicht, wenn jeder mit jedem übereinstimmt und sich damit nicht mehr unterdrückt fühlt. Um den Zustand dieser eigentümlichen sozialistischen Freiheit zu erreichen, müssen die liberalen Freiheitsrechte, die nach der marxistischen Doktrin einen wesentlichen Aspekt der menschlichen Entzweiung und Entfremdung (Unfreiheit) als „Kapitalismus“ zum Ausdruck bringen, überwunden werden. Die Religionsfreiheit ist dann etwa als Freiheit von der Religion und die Eigentumsfreiheit als Freiheit vom Privateigentum zu definieren (so *Marx*). Auf diese Weise wird die Freiheit des Individuums durch die Freiheit eines Kollektivs (Menschheit, Arbeiterklasse, Nation oder auch Rasse) ersetzt, in der die Freiheit des Einzelnen eingeht und damit „aufgehoben“ ist. In diesem Zustand wird dann das Anliegen des Liberalismus zu einem rein theoretischen (so *Lassalle*). Sozialismus stellt daher ein Anliegen dar, das zutreffend als „totalitäre Demokratie“ (*J. L. Talmon, The Origins of Totalitarian Democracy*) gekennzeichnet worden ist, die ihre konzeptionelle Ausformulierung in der radikalen Strömung des Französischen Revolution genommen hat, auf die sich *Friedrich Engels* als Ausgangspunkt des (modernen) Sozialismus ausdrücklich bezog. Damit wird Demokratie nicht primär zu einem Freiheitsversprechen, sondern dient der Identifizierung der als Demokratiefeinde ausgemachten Gleichheitsfeinde. Deren Unterdrückung verwirklicht dann sozialistische Demokratie. Diese Dialektik der kollektiven Freiheitsverwirklichung durch Abschaffung, zumindest erhebliche Verminderung der individuellen Freiheit läßt das Anliegen des Sozialismus erahnen, leistet aber noch immer keine klare Definition des Sozialismus, die es allerdings wahrscheinlich nicht gibt.

Die mit einer Sozialismusdefinition verbundene Unsicherheit ergibt sich aus der zutreffenden Beschreibung des Anliegens der klassischen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, mit der die sozialistische Idee von Deutschland ausgehend ihre historisch maßgebliche organisatorische und parteipolitische Konkretisierung erfahren hat. „Abgesehen davon, daß auch schon der Charakter des gesellschaftlichen Eigentums und der sozialistischen Produktion (im Erfurter Programm der SPD und bei den Erläuterungen des Chefideologen *Kautsky, Anm.*) nicht näher umschrieben wird, gibt das Programm erst recht keine Auskunft über die Organisationsform einer sozialistischen Gesellschaft (der Begriff „Staat“ wird grundsätzlich vermieden); es begnügt sich mit der Formel „Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst“ und „gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Einzig das Gleichheitsprinzip steht demnach fest. Das Programm legt offensichtlich auf die politische Struktur der neuen Gesellschaft weit weniger Wert als auf die wirtschaftliche und soziale“ (*Peter Gilg, Die Erneuerung des demokratischen Denkens im Wilhelminischen Deutschland. Eine ideengeschichtliche Studie zur Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert*).

Diese Unklarheit bei der Sozialismusdefinition, die allenfalls durch die Abgrenzung insbesondere gegenüber dem Liberalismus („Kapitalismus“) etwas Klarheit gewinnt, spiegelt sich in dem sicherlich sehr positiv gemeinten Eintrag der im Zweifel von Linksaktivisten, d.h.

sozialistisch manipulierten deutschsprachigen „Wikipedia“ zum Stichwort „Sozialismus“: „Gerade in der Ausbildung des eigentlichen Sozialismus gab es vielfältige Varianten. Frühsozialisten wie François Noël Babeuf, Claude-Henri Comte de Saint-Simon, Louis-Auguste Blanqui, Charles Fourier, Pierre-Joseph Proudhon, William Godwin, Robert Owen oder Moses Hess legten politische Konzepte von quasi-absolutistischen Diktaturen bis hin zu einem anarchistischen Föderalismus vor. Einig waren sie sich einerseits in einer abwehrenden Reaktion gegen Effekte des Frühkapitalismus wie in der Hoffnung auf eine Gesellschaft, die mittelalterliche Standesunterschiede ebenso überwinden würde wie neuere Klassengegensätze. Oftmals argumentierten sie sehr moralisch, eine sozialwissenschaftlich inspirierte Analyse wie sie von Marx geleistet wurde, fehlte.“

Deutlich wird, daß sich danach der Sozialismus durch jede Regierungsform verwirklichen läßt, die „soziale Gleichheit“ bzw. „soziale Gerechtigkeit“ (Gerächtigkeit) umsetzt, wenngleich es der moderne Sozialismus bevorzugt, sich als „Demokratie“ - gesteigert als „Volksdemokratie“ - zu definieren, was aber letztlich der Konkurrenz zum Liberalismus geschuldet ist und vor allem die für (sozialistische) Demokratie stehende Bekämpfung von Demokratiefeinden erlaubt. Da die „soziale Gleichheit“ etwas anderes bedeutet als die aus dem Freiheitskonzept des Liberalismus folgende Rechtsgleichheit, sondern eine „materielle Gleichheit“ meint, kann man die besondere Gefahr, die der Sozialismus für das Anliegen des Liberalismus und damit letztlich auch für die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland darstellt, an der spezifischen Gleichheitskonzeption festmachen.

Sozialismus als Gleichheit - zum Tod?

Jede Gleichheitsidee gebiert logischerweise das Ungleiche, weil anders Gleichheit nicht zu definieren ist. Was ist nun das spezifisch Ungleiche, das der Sozialismus beseitigen will? Dieses zu beseitigende Ungleiche läßt sich als Vermögensungleichheit beschreiben (so die gemäßigte Form des Sozialismus), kann aber auch den politischen Pluralismus (Meinungsunterschiedlichkeit) meinen, der im Sinne „demokratischer“ Einheitsmeinung beseitigt werden muß, weil nur dadurch die Übereinstimmung eines jeden mit jedem möglich ist und sich dann keiner mehr unterdrückt fühlt (so etwa der bundesdeutsche „Antifaschismus“ und tendenziell der linksorientierte „Verfassungsschutz“). Ungleichheit kann allerdings im Sinne der Fortschrittsdoktrin, der sich der Sozialismus verschrieben hat, auch Rassenungleichheit meinen, die es dann durch Genozid oder durch mehr oder weniger zwangsweise Assimilation zu beseitigen gilt. In der Tat findet sich das Genozidmotiv als Fortschrittsdoktrin, anders als bei konservativen und liberalen Theoretikern bei sozialistischen Theoretikern des 19. Jahrhunderts. Dies ist insofern nicht verwunderlich als die beschriebene Freiheitskonzeption des Sozialismus konsequenter Weise auch bedeuten muß, daß die liberale Freiheit des Lebens zur sozialistischen Freiheit vom Leben „gesteigert“ werden muß, eine Folgerung, die sich aus der *Marx*'schen Anthropologie durchaus ergibt. *Voegelin* ordnet diese Anthropologie in die Tradition der spätantiken Gnosis ein (s. *Eric Voegelin*, Wissenschaft, Politik und Gnosis. 1959; engl. Science, Politics and Gnosticism, 1968), die durch die religiöse Untergrundströmung (Katharer, Wiedertäufer, radikale Hussiten) tradiert worden ist und auf die sich sozialistische Theoretiker in der Tat explizit bezogen und als Vorläufer anerkannt haben.

So ist es schon theoretisch zu erklären, warum *Heinsohn* in seinem „Lexikon der Völkermorde“ zu der Erkenntnis gelangen mußte, daß unter „keiner Weltanschauung ... in der Menschheitsgeschichte größere Mega-Tötungen vollzogen (wurden) als unter Regierungen, die sich dem Marxismus bzw. dem wissenschaftlichen Sozialismus verpflichtet fühlten.“ Die

zentrale These des Sowjetdissidenten und Mathematikers *Schafarewitsch* geht aufgrund des utopischen Anliegens des Sozialismus, das auch und gerade den Marxismus als angeblich wissenschaftliche Form des Sozialismus kennzeichnet, sogar dahin: „Der Tod der Menschheit ist nicht nur ein denkbare Ergebnis, wenn der Sozialismus triumphiert, sondern er stellt das Ziel des Sozialismus dar“ (*Igor R. Schafarewitsch*, *Der Todestrieb der Geschichte. Erscheinungsformen des Sozialismus*, 1980). Letztlich ist dies als Ergebnis der konsequenten Verwirklichung der Gleichheitsidee vorstellbar: Wenn jeder mit jedem gleich ist, dann ist ein Mensch auch beliebig ersetzbar, so daß das Individuum irrelevant wird und daher nur noch kollektive Größen gelten. Politisch lassen sich dann Menschenmassen beliebig verrechnen.

Dreiteilung des Sozialismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts, nämlich gegen Ende des Ersten Weltkriegs und beschleunigt durch die Gründung der sozialistischen Sowjetunion, hat sich der Sozialismus zurückgehend auf den sog. Revisionismusstreit und gefördert von politischen Entwicklungen in drei Richtungen aufgespalten: Sozialdemokratie („Rechtsrevisionismus“), Kommunismus (radikales bzw. extremistisches marxistisches Zentrum) und „Linksrevisionismus“. Aus letzterem sollte wesentlich der nationale Sozialismus, Faschismus und Nationalsozialismus hervorgehen. Während der historische und auch ideologische Zusammenhang zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus allgemein bekannt ist, wengleich sich daraus keine Bewältigungsaufforderungen etwa an die Sozialdemokratie ableiten, aus der dieses Unheil hervorgegangen ist, gilt für den Nationalsozialismus: „Der nationale Sozialismus teilte eine Reihe von Überzeugungen mit der Linken, aber konnte sich nicht auf der Linken einfinden...; die National-Sozialisten waren Häretiker der Linken und wurden deshalb von der Orthodoxie mit besonderem Haß verfolgt“ (*Weißmann*). Während nachklassische SPD und Kommunismus noch einige Zeit, im Grunde bis heute fortdauernd, gemeinsame Schriften und Überzeugungen teilten, wengleich sie daraus unterschiedliche Folgerungen abgeleitet haben, bezog sich der National-Sozialismus nicht auf dieses Schrifttum, sondern verstand sich als eigene Schöpfung, setzte dabei aber die sozialistischen Ideen und Ressentiments voraus, die er auf seine Weise formte. Freilich kann der Nationalsozialismus nur im Kontext der sozialistischen Ideenströmung voll verstanden werden.

Mit dem Nationalsozialismus kam dabei manches zum Vorschein, was in der klassischen sozialistischen Tradition bis Ende des 19. Jahrhunderts verdrängt oder zumindest an den Rande gedrängt worden war, wie etwa die Konzeption der demokratischen Führerdiktatur, die etwa auf den SPD-Gründer *Lassalle* zurückgeht oder der Antisemitismus, der als mittelalterliche Form des Antikapitalismus letztlich die Vorform des modernen Sozialismus darstellt, was vom SPD-Führer *August Bebel* durchaus anerkannt worden ist. Nach diesem wäre „der Antisemitismus der Sozialismus der dummen Kerle“, wohl gemerkt: der Sozialismus und nicht etwa der Nationalismus, Konservatismus oder gar Liberalismus der dummen Kerle! Dieser sozialistische Antisemitismus, der nicht bewältigt wird, ja im Zweifel nicht einmal bekannt ist, weil Antisemitismus auch nach den Prämissen der offiziösen, geheimdienstlichen Bewältigungsdoktrin der BRD ausschließlich als „rechts“ gilt, ist in Deutschland vom „freiheitlichen Sozialisten“ (gewissermaßen auch eines Vorläufers des Godesberger Programms) *Eugen Dühring* bis zur Genozidforderung radikalisiert worden. Dabei war *Dühring* zeitweilig innerhalb der Berliner SPD mit *Marx* und *Lassalle* als Theoretiker auf eine Stufe gestellt worden, was dann den „Anti-Dühring“ von *Friedrich Engels* zur Folge hatte, der den Marxismus dabei zu einer dogmatischen Glaubenslehre machte, welche ziemlich schlüssig in den Leninismus und damit wirklichen Totalitarismus überführt werden konnte.

Mögen sich auch ideologisch nachklassische Sozialdemokratie (also SPD seit dem 1. Weltkrieg) und Kommunismus näher stehen, so ähneln sich in der politischen Praxis dann doch bei weitem mehr Kommunismus und Nationalsozialismus, was darauf zurückzuführen ist, daß sich die nachklassische, (rechts-),„revisionistische“ Sozialdemokratie stärker von der eigentlichen sozialistischen Tradition lösen konnte, weil sie sich am weitestgehenden (wieder) auf den Liberalismus einließ, der zwischenzeitlich vom Konservativismus des 19. Jahrhunderts domestiziert worden ist und sich damit politisch eher rechts positioniert hat. Damit konnte Sozialismus tendenziell zu einer Metapher domestiziert werden, die sich dann etwa als ethisches Prinzip formulieren ließ, welches die liberale Gesellschaftsordnung sozialer auszugestalten gebietet. Im Kommunismus und National-Sozialismus als „Antipoden und Zwillingsbrüder“ (so der Untertitel des Werkes von *Lothar Fritze*, Kommunismus und Nationalsozialismus, 2022) behielt dagegen der Sozialismus seine konkretere Bedeutung, die in einer unübertrefflichen, aber auch prophetischen Weise der Philosoph *Friedrich Nietzsche* formulierte, der noch die klassische sozialistische Ideenströmung (vor allem der zeitgenössischen SPD) vor Augen hatte, die aber zumindest für Kommunismus (International-Sozialismus) und National-Sozialismus noch immer zutrifft (und auch für die nachklassische Sozialdemokratie nicht völlig ohne Relevanz sein dürfte):

Der Sozialismus ist der phantastische jüngere Bruder des fast abgelebten Despotismus, den er beerben will; seine Bestrebungen sind also im tiefsten Verstande reactionär. Denn er begehrt eine Fülle der Staatsgewalt, wie sie nur je der Despotismus gehabt hat, ja er überbietet alles Vergangene dadurch, daß er die förmliche Vernichtung des Individuums anstrebt: als welches ihm wie ein unberechtigter Luxus der Natur vorkommt und durch ihn in ein zweckmäßiges Organ des Gemeinwens umgebessert werden soll. Seiner Verwandtschaft wegen erscheint er immer in der Nähe aller excessiven Machtentfaltungen, wie der alte typische Sozialist Plato am Hofe des sicilischen Tyrannen; er wünscht (und befördert unter Umständen) den cäsarischen Gewaltstaat dieses Jahrhunderts (des 19. Jahrhunderts, *Anm.*), weil er, wie gesagt, sein Erbe werden möchte. Aber selbst diese Erbschaft würde für seine Zwecke nicht ausreichen, er braucht die allerunterthänigste Niederwerfung aller Bürger vor dem unbedingten Staate, wie niemals etwas Gleiches existiert hat; und da er nicht einmal auf die alte religiöse Pietät für den Staat mehr rechnen darf, vielmehr an deren Beseitigung unwillkürlich fortwährend arbeiten muß - nämlich weil er an der Beseitigung aller bestehenden Staaten arbeitet -, so kann er sich nur auf kurze Zeiten, durch den äußersten Terrorismus, hie und da einmal auf Existenz Hoffnung machen. Deshalb bereitet er sich im Stillen zu Schreckensherrschaften vor und treibt den halb gebildeten Massen das Wort „Gerechtigkeit“ wie einen Nagel in den Kopf, um sie ihres Verstandes völlig zu berauben (nachdem dieser Verstand schon durch die Halbbildung sehr gelitten hat) und ihnen für das böse Spiel, das sie spielen sollen, ein gutes Gewissen zu schaffen. - Der Sozialismus kann dazu dienen, die Gefahr aller Anhäufungen von Staatsgewalt recht brutal und eindringlich zu lehren und insofern vor dem Staate selbst Misstrauen einzuflößen. Wenn seine rauhe Stimme in das Feldgeschrei „so viel Staat wie möglich“ einfällt, so wird dieses zunächst dadurch lärmender, als je: aber bald dringt auch das entgegengesetzte mit umso größerer Kraft hervor: „so wenig Staat wie möglich.“ (*Friedrich Nietzsche*, Menschliches, Allzumenschliches)

Weitere Voraussagen des 19. Jahrhunderts zu den Folgen des Sozialismus

Die angeführte Analyse von *Nietzsche* stellt nicht die einzige erhellende Voraussage aus dem 19. Jahrhundert über die Folgen des Sozialismus dar, die sich dann im 20. Jahrhundert zeigen sollten. Erinnerung sei an die Aussage von Reichskanzler *Bismarck* in der Reichstagsdebatte über den Erlaß des sog. Sozialistengesetzes zum „allgemeinen sozialistischen Zuchthaus“, das er als Folge der Umsetzung der zeitgenössischen sozialdemokratischen Programmatik vorausgesehen hat: „Im Zuchthaus von heute ist der Aufseher wenigstens ein achtbarer Beamter, über den man sich beschweren kann. Aber wie werden die Aufseher sein in dem allgemeinen sozialistischen Zuchthaus? ... Die erbarmungslosesten Tyrannen, die je gefunden wurden“ (zitiert bei *Siegfried Fischer-Fabian*, *Herrliche Zeiten. Die Deutschen und ihr Kaiserreich*, 1983, S. 124). Die Einlassung von Partei- und Fraktionsführer *Bebel* (SPD) gegen diesen Vorwurf bestand in der Abgabe eines entschiedenen demokratischen Bekenntnisses, das sich angesichts von Mauer und Stacheldraht der späteren „Deutschen Demokratischen Republik“, die dem Begriff „allgemeines sozialistisches Zuchthaus“ einen architektonischen Ausdruck verleihen sollte, letztlich als haltlos erweisen sollte. Die Demokratiekonzeption der klassischen SPD und der „ihr eigentümliche Freiheitsbegriff“ (*Susanne Miller*) schlossen derartige Entwicklungen offensichtlich nicht aus, weil der Demokratiebegriff von *Bebel* unverkennbar in der Tradition der „totalitären Demokratie“ stand.

Eine entsprechende Voraussage ist auch von dem politischen Gegner *Bismarcks*, dem linksliberalen Fraktionsführers im Deutschen Reichstag, *Eugen Richter*, in seiner 1891 veröffentlichten Schrift *Sozialdemokratische Zukunftsbilder* gemacht worden. Bei dessen Darstellung der Abläufe eines unterstellten absoluten Wahlerfolgs der *Bebel*-SPD wird einem gewahr, wie genau die Mechanismen, die in der späteren „Deutschen Demokratischen Republik“ („DDR“) zum „17. Juni“ führen sollten, sich bis in Rechtfertigungselemente und Mentalitätsschilderung hinein aus der Logik sozialdemokratischer Programmatik und Utopieverwirklichungs-Sehnsucht voraussagen ließen. *Richter* konnte natürlich nicht die DDR-Gründung durch die Sowjetarmee voraussehen, sondern er sagte mit einer frappierenden Plausibilität ein ähnliches Regime nach einem Wahlsieg der *Bebel*-SPD, bezogen auf das gesamte Deutsche Reich voraus. Die Grenzflucht wegen der Erhöhung der Arbeitsnormen findet in der Negativutopie von *Richter* daher über die Schweiz statt. Die Schutzleute, denen schließlich aufgetragen wird, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, tragen aus Gründen der Abgrenzung von der Polizei des „Obrigkeitsstaates“ keine blauen, sondern braune Uniformen! Damit dürfte überzeugend nachgewiesen sein, daß die „Deutsche Demokratische Republik“ (die hieß tatsächlich so!) im ideologie-historischen Kontext eine sozialdemokratische Möglichkeit dargestellt hat, zumal sich der Kommunismus, der den „realen Sozialismus“ der „DDR“ mit Hilfe mitwirkungsbereiter Sozialdemokraten wie dem früheren Justizminister des Landes Braunschweig, *Otto Grotewohl* (1894-1964), verwirklichen sollte, unbestreitbar aus der *Bebel*-SPD hervorgegangen ist.

„Kampf gegen Rechts“: Droht vom Sozialismus weiterhin Gefahr?

Aber ist dies nicht alles „alter Kaffee“, zwar interessant, aber zumindest politisch doch irgendwie irrelevant? Droht wirklich die Wiederkehr des Sozialismus, so daß man zu seiner Verhinderung „bewältigen“ müßte? Nun, abgesehen davon, daß auch der National-Sozialismus, obwohl er schon fast vier Generationen zurückliegt, nicht als „kalter Kaffee“ angesehen wird, sondern die Regierung *Hitler* bewältigungspolitisch als irgendwie noch immer amtierend und damit staatsideologisch als demokratiegefährdend imaginiert wird: Der Untergang der international-sozialistischen „DDR“ liegt nur eine Generation zurück und die parteipolitischen Träger dieses Regimes sind mittlerweile fest im bundesdeutschen Establishment verankert und dürfen da im „Kampf gegen rechts“ unter dem Stichwort „Verfassungsschutz“ entschieden ihre

DDR-Erfahrungen „einbringen“. Dies wird verstärkt durch die Tatsache, daß sich im bundesdeutschen politischen Establishment, zu dem mittlerweile sog. „Grüne“ zählen, ehemalige *Mao-* und *Pol-Pot-*Anhänger befinden, deren Existenz belegt, daß der „Schoß noch fruchtbar“ war, aus dem der sozialistische Totalitarismus einst hervorgegangen war und in der BRD immerhin zum Linksterror der RAF geführt hat. Die einzige Gefahr übrigens, die bis jetzt für die BRD wirklich gefährlich war!

Dabei zeigt der „Kampf gegen rechts“, daß die gegen den Nationalsozialismus gerichtete amtliche Bewältigungspolitik fehlgeschlagen ist: „Kampf gegen rechts“ stellt nämlich ein maßgebliches Vermächtnis des „Führers“ an seine „demokratischen“ Nachfolger dar: Als *Hitler* nämlich am 24. Februar 1945 über seine bevorstehende Niederlage sinnierte, hat er als wesentlichen Grund seines Scheiterns erkannt: „Wir haben die linken Klassenkämpfer liquidiert, aber leider haben wir dabei vergessen, auch den Schlag gegen rechts zu führen. Das ist unsere große Unterlassungssünde“ (zitiert bei *Rainer Zitelmann*, *Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs*). Es drängt sich dabei auf, daß Nationalsozialist *Hitler* unter „rechts“ in etwa dasselbe gemeint hat, was auch der (international-)sozialistische Antifaschismus der deutschen demokratischen Republik Bundesrepublik Deutschland darunter versteht.

Dieses Vermächtnis, den „Schlag gegen rechts“ zu führen, hat der bundesdeutsche sozialistische „Antifaschismus“ mit seinem „Kampf gegen rechts“ nachhaltig aufgegriffen und da soll man keinen Grund für die Bewältigung des Sozialismus haben? In diesem „Kampf gegen rechts“ kommen nun wirklich die Ressentiments und Motive des klassischen Sozialismus zum Vorschein: Die Existenz einer politisch rechten Auffassung widerspricht danach dem Gleichheitsansatz des Sozialismus, welcher nur „demokratische“ Überzeugungen kennt und erlaubt. Es handelt sich hierbei natürlich um eine soziale Gleichheitskonzeption, „die auf die Rechtsgleichheit des Menschen pfeift“ (*Götz Aly*, *Hitlers Volksstaat*). Dies bedroht dann in der Tat zumindest ideologisch-konzeptionell die als „liberal“ verstandene Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland, weil dieser Komplex „Kampf gegen Rechts“ auf eine stillschweigende Umwertung des Gleichheits- und Freiheitskonzepts hinausläuft, die sozialistisch gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet ist. Die Freiheitsrechte werden hierbei nämlich kollektivistisch entwertet: Die BRD-SPD und die Spät-68er, zu denen sich die Verwalter des ehemaligen „allgemeinen sozialistischen Zuchthauses“ gesellen, diskriminieren zunehmend Leute, die nicht gleich denken, d.h. nicht der „demokratisch“ gebotenen Einheitsmeinung etwa hinsichtlich der Abschaffung des Währungswettbewerbs durch Europa oder ihren Paraphrasen folgen, die der SPD-„Verfassungsschutz“, insbesondere auch hinsichtlich des Vergangenheitsverständnisses, noch „tolerieren“ kann. Dies macht wiederum die Bewältigungsbedürftigkeit des Sozialismus deutlich.

„Relativierung“ des Nationalsozialismus durch (umfassende) Sozialismusbewältigung?

Dem vorliegend aufgestellten Postulat einer umfassenden Sozialismus-Bewältigung wird die etablierte Bewältigungsdoktrin sicherlich die „Relativierung des National-Sozialismus“ vorwerfen, was jedoch weniger überzeugend ist als würde man der als einseitig zu kennzeichnenden amtlichen NS-Bewältigung der BRD zum Vorwurf machen, den International-Sozialismus relativieren zu wollen. Soweit man eine staatliche Bewältigungspolitik mit zahlreichen weltanschaulichen Implikationen überhaupt als mit einem zur weltanschaulichen Neutralität verpflichteten Rechtsstaat vereinbar ansehen kann, wird vorliegend die Bewältigungsbedürftigkeit des National-Sozialismus durchaus und

vorbehaltslos anerkannt. Einen überzeugenden Maßstab dafür hat ein undogmatischer Marxist formuliert:

„Das Phänomen des 'Dritten Reiches' kann nur aus der Entwicklung der ganzen deutschen Gesellschaft seit der Jahrhundertwende, vor allem seit 1914, erklärt werden. Es gibt keinen Teil des deutschen Volkes, der im Laufe des ersten Vierteljahrhunderts keinen Anteil an seiner Entstehung genommen hätte und an seiner weiteren ideologischen und organisatorischen Ausbildung völlig unschuldig wäre. ... So hat es ... auch zahlreiche Sozialdemokraten gegeben, welcher nur durch ihre 'Rasse' oder durch ihre sonstige Untragbarkeit für die NSDAP daran gehindert worden sind, zu Hitler überzugehen. Ebenso wenig ... kann also die deutsche Sozialdemokratie ohne weiteres von der Mitschuld an der Entstehung und Entwicklung des Nationalsozialismus freigesprochen werden, ja sie - im Hinblick auf ihren lassalleanischen und späteren 'mehrheits-sozialdemokratischen' Flügel - sogar am allerwenigstens. Die deutsche Sozialdemokratie hätte also gut daran getan, nach 1945 ihre eigene Vergangenheit selbstkritisch zu untersuchen, nicht nur im Hinblick auf jene politischen Fehler, welche die Machtergreifung der NSDAP erst ermöglicht haben, sondern vor allem in Bezugnahme auf jene theoretischen Positionen, welche dem Nationalsozialismus ideologisch Vorschub leisten mußten“ (Willy Huhn, Der Etatismus der Sozialdemokratie. Zur Vorgeschichte des Nazifaschismus).

Gegen diesen Ansatz einer realistischen und dem Humanitätsideal geschuldeter umfassender Bewältigung des National-Sozialismus im Kontext einer umfassenden Sozialismusbewältigung immunisiert sich insbesondere die Sozialdemokratie wie folgt: „Für die SPD gehören auch die Meinungen, 'die nicht davor zurückschrecken, den Sozialismus in die Nähe des Nationalsozialismus zu rücken' zur Grauzone demokratiebedrohender Mentalitäten“ (*Hubo*). Man wird also Anti-Demokrat und „Verfassungsfeind“ im geheimdienstlichen, bundesdeutsch-ideologischen Sinne, wenn man eine bestimmte These formuliert, nämlich: Das Phänomen Nationalsozialismus ist ohne Sozialismus nicht zu verstehen. Alle Elemente, die dem Nationalsozialismus völlig zu recht vorgeworfen werden müssen, sind der traditionellen sozialistischen Ideenströmung, die sich organisatorisch als „Sozialdemokratie“ verfestigt hatte, entnommen und können dabei in der spezifischen Weise kaum, zumindest bei weitem weniger auf liberale, konservative oder christdemokratische Vorbilder (trotz der Konzeption eines „christlichen Sozialismus“) zurückgeführt werden. Die dabei sich ergebende Bewältigungsaufforderung gegenüber dem Sozialismus wird in der vorliegenden Serie zur Sozialismusbewältigung in den zentralen Punkten dargelegt werden. Damit sollte die gebotene Wende in der Erinnerungspolitik eingeleitet werden.

Hinweis

Die Serie zur **Sozialismusbewältigung** stellt auch eine Konkretisierung des in der aktuellen Broschüre des Verfassers an die Oppositionspartei AfD gerichteten Vorschlags dar, die bundesdeutsche Bewältigungspolitik in eine allgemeine Sozialismus-Bewältigung überzuführen. Dies würde die gebotene Wende in der Erinnerungspolitik einleiten. Es kann nicht angehen, daß Forderungen hinsichtlich des Erhalts des demokratischen Nationalstaates durch eine sozialistisch instrumentalisierte Bewältigungspolitik unter Zuhilfenahme eines SPD-gesteuerten „Verfassungsschutzes“ ideologisch „nazifiziert“ werden, während marxistische Ideologeme dabei zunehmend rehabilitiert werden und sich dabei etwa durch die Duldung massiver illegaler Masseneinwanderung als Verwirklichung weltweiter Menschengleichheit verfassungsfeindlich zum Ausdruck bringen dürfen.



Josef Schüßlburner

Scheitert die AfD? Die Illusion der Freiheitlichkeit und die politische Alternative

Studie 39 des IfS, Verein für Staatspolitik e. V., 2020, Broschur, 239 Seiten, 7 Euro

Erhältlich beim [Verlag Antaios](#)

Schließlich stellt die Serie eine Ergänzung zum Werk des Verfassers dar:

Josef Schüßlburner, Roter, Brauner und Grüner Sozialismus. Bewältigung ideologischer Übergänge von SPD bis NSDAP und darüber hinaus, 2008 Lichtschlag Medien und Werbung KG

ISBN-10: 3939562254

ISBN-13: 978-3939562252

Dieses Buch ist im März 2015 in unveränderter 3. Auflage wieder erschienen und nunmehr auch in einer Kindle-Edition für 6,99 € erhältlich.

Bei Amazon bestellen



Verlagsangaben:

Hat der Nationalsozialismus sozialdemokratische Wurzeln? Alle Kernelemente, die dem NS zum Vorwurf gemacht werden müssen, finden sich im klassischen Sozialismus ideologisch vorgezeichnet. Trotz erbitterter Auseinandersetzung zwischen den Sozialismen stellen sich die Übergänge als fließend dar. Der Autor fordert eine umfassende Sozialismus-Bewältigung, die nicht auf den Nationalsozialismus beschränkt werden kann. Nur dann erscheint es möglich, die Wiederkehr „faschistischer“ Tendenzen zu verhindern, die in der BRD vor allem als „Antifaschismus“ auftreten und sich in der Verehrung für die Nationalsozialisten Mao Tse-tung und Pol Pot bei der 68er-Generation manifestiert haben. Diese will nunmehr im Sinne der Wiederkehr des nachhaltig Verdrängten das Vermächtnis von Adolf Hitler umsetzen, den „Schlag gegen rechts“ zu führen.